



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 89 - Plenarwoche 18. - 22. Januar 2010

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP



I. Allgemeine Informationen:

1. Die Anhörungen der designierten Kommissare

Vom 11. bis zum 19. Januar 2010 hat das Europäische Parlament (EP) die Anhörungen der 26 designierten Kommissare durchgeführt, um auf deren Grundlage über das Kommissionskollegium als Ganzes abzustimmen. Eine Ablehnung einzelner Kandidaten ist nicht möglich. Der deutsche Kandidat für das Energie-Ressort, Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger, konnte bei seiner Anhörung am 14. Januar 2010 allgemeiner Einschätzung zufolge durch Faktenwissen, aber auch durch Schlagfertigkeit und Humor überzeugen. Er versprach den Abgeordneten eine offensive Politik, mit der er in den kommenden fünf Jahren die Europäisierung der Energiepolitik unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips vorantreiben und sich zu den Klimaschutzzielen der EU bekennen wolle. Insgesamt hinterließ Herr Oettinger einen gut vorbereiteten Eindruck und scheint damit die Eignungsprüfung bestanden zu haben. Weniger positiv verlief die Anhörung der bulgarischen Kandidatin Rumiana Jeleva, die als designierte Kommissarin für die Bereiche internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion vorgeschlagen worden war. Frau Jeleva, die derzeit noch Bulgariens Außenministerin ist, wurde seitens der Fraktionen der Sozialisten & Demokraten, der Liberalen und der Grünen wegen unklarer Finanzverhältnisse kritisiert, weshalb Frau Jeleva im Ergebnis ihre Kandidatur zurückzog. Ich bedaure diese Entscheidung. Frau Jeleva wurde während der Anhörung im Europaparlament unfair behandelt. Unsere politischen Gegner haben sich auf Frau Jeleva eingeschossen. Sie haben sie ohne jegliche Beweise angeklagt, und als ihnen klar wurde, dass ihre persönlichen Angriffe der Grundlage entbehrten, haben sie ihre Kompetenz in Frage gestellt. Bulgarien hat inzwischen die derzeitige Vizepräsidentin der Weltbank, Kristalina Georgiewa, als bulgarisches Mitglied der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Durch die Entscheidung von Frau Jeleva wird sich die endgültige Bestätigung der 27-köpfigen Kommission verzögern. Sofern Präsident Barroso die Kandidatur von Frau Georgiewa annimmt, muss das Parlament einen geeigneten Zeitpunkt für ihre Anhörung finden. Barroso wird in den nächsten Tagen über seine Zustimmung zu ihrer Nominierung entscheiden. Mit ihrer Anhörung durch das EP ist allerdings nicht vor Februar zu rechnen.

2. Auftakt der spanischen Ratspräsidentschaft

Der Wirtschaftskrise zu begegnen, habe oberste Priorität, erklärte Spaniens Ministerpräsident Zapatero am Mittwoch im EP. Als Schwerpunkte der spanischen Ratspräsidentschaft nannte er in seiner Ansprache vor den Abgeordneten unter anderem den Aufbau eines gemeinsamen Energiemarktes, um die Energieabhängigkeit der EU zu verringern, und die Schaffung eines "digitalen Binnenmarktes", ein "entscheidender Faktor zur Steigerung der Produktivität und zur Förderung des E-Commerce". Außerdem müsse die EU Elektroautos fördern, um so zur Bekämpfung

des Klimawandels beizutragen. Auch müsse man in Forschung und Bildung investieren und die Qualität der Universitäten verbessern. Die spanische Präsidentschaft werde sich auch für die Umsetzung der neuen Instrumente, die durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wurden, einsetzen, wie z.B. der neuen Bürgerinitiative, die es ermöglicht, Rechtsvorschriften vorzuschlagen. Außerdem gehöre auch der Kampf gegen häusliche Gewalt mittels eines neuen Rechtsrahmens, um Frauen und Opfer von geschlechterbasierter Gewalt zu schützen, zum Programm der Präsidentschaft, so Zapatero. Er betonte auch das europäische Engagement für Haiti in seiner Antrittsrede. Die Fraktionsvorsitzenden im EP begrüßten Zapateros Ziel, der Erholung der Wirtschaft den Vorrang zu geben, stimmten aber nicht immer mit den vorgeschlagenen Maßnahmen überein.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

3. Amtierender Europäischer Bürgerbeauftragter im Amt bestätigt

Das EP hat in geheimer Abstimmung Nikiforos Diamandouros aus Griechenland als Europäischen Bürgerbeauftragten bis 2014 wiedergewählt. Diamandouros ist seit 2003 im Amt und folgte Jacob Söderman, dem ersten Europäischen Bürgerbeauftragten. Die Aufgaben des 1995 eingeführten Europäischen Bürgerbeauftragten sind umfangreich. Jeder europäische Bürger kann sich beim Bürgerbeauftragten über Missstände beschweren, die innerhalb des Tätigkeitsbereichs der Gemeinschaftsorgane oder -institutionen aufgetreten sind. Der Bürgerbeauftragte wird in einem Verfahren, für das der Petitionsausschuss verantwortlich ist, von den Mitgliedern des EP gewählt, und erhält weitreichende Handlungsbefugnisse innerhalb seines Mandats. Wichtig ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Möglichkeiten, die sie durch die Einrichtung eines Bürgerbeauftragten haben, bewusst werden. Als Anwalt des europäischen Volkes gegenüber den Organen der Europäischen Union ist der Bürgerbeauftragte ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen und vor allem bürgernahen Union.

4. EP nutzt neue Kontrollrechte nach dem Vertrag von Lissabon

Das EP ist aufgrund der Übertragung neuer Kontrollbefugnisse durch den Vertrag von Lissabon indirekt an der Ernennung von Richtern und Generalanwälten des Gerichtshofs der Europäischen Union beteiligt. Ein Ausschuss prüft vor einer Ernennung durch die Regierungen der Mitgliedstaaten die Eignung der Bewerber für die Ausübung des Amtes eines Richters oder Generalanwalts. Dieser Ausschuss setzt sich aus sieben Persönlichkeiten zusammen, die aus dem Kreis ehemaliger Mitglieder des Gerichtshofs, der Mitglieder der höchsten einzelstaatlichen Gerichte und der Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung ausgewählt werden, von denen einer vom EP vorgeschlagen wird. Bei den Abstimmungen am Mittwoch hat das Plenum beschlossen, die Spanierin Ana Palacio Vallelersundi als Mitglied dieses Ausschusses vorzuschlagen. Die Juristin Ana Palacio war von 1994 bis 2002 Mitglied des EP und von 2002 bis 2004 spanische Außenministerin.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen
- Erdbeben in Haiti
- SWIFT-Abkommen
- Europäische Strategie für den Donauraum
- Menschenrechtsverletzungen in China, insbesondere der Fall Liu Xiaobao
- Menschenhandel

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de